

Nationale E-Government Kooperation

Ein Weg ohne Alternative?

Agenda



- **Rahmenbedingungen**
 - Kernkompetenzen
 - Die Komplexität der Verwaltung
 - Das E-Government Puzzle
- **Nationale E-Government Kooperation**
 - Historie
- **E-Government-Masterplan Austria**
 - Architektur
 - Finanzierung und Kosten
 - Schnittstelle zu Bürgern und Unternehmen
 - Verbund der Bürgerportale
 - Formularstyleguide
 - Weitere Maßnahmen
- **Status**
 - SWOT
 - Barrieren für die Nutzung

Signatur

Verbreitung Bürgerkarte / Handysignatur
Amtssignatur

E-Payment

Elektronische Zustellung

Schnittstellen

Kommunikationsarchitektur

Portalverbund: Verwaltung, Wirtschaft, etc.

E-Government Award



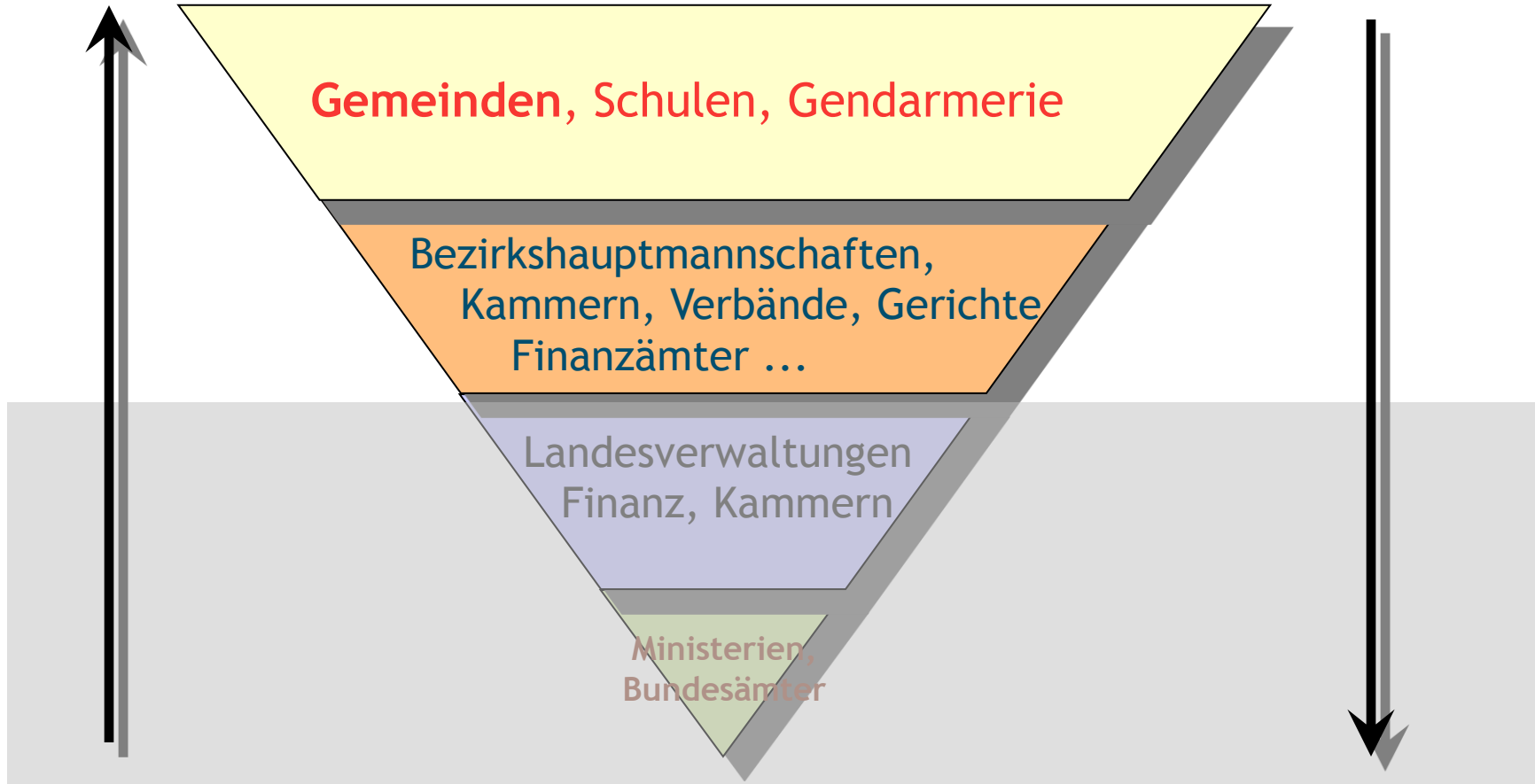
Rahmenbedingungen

Kernkompetenzen

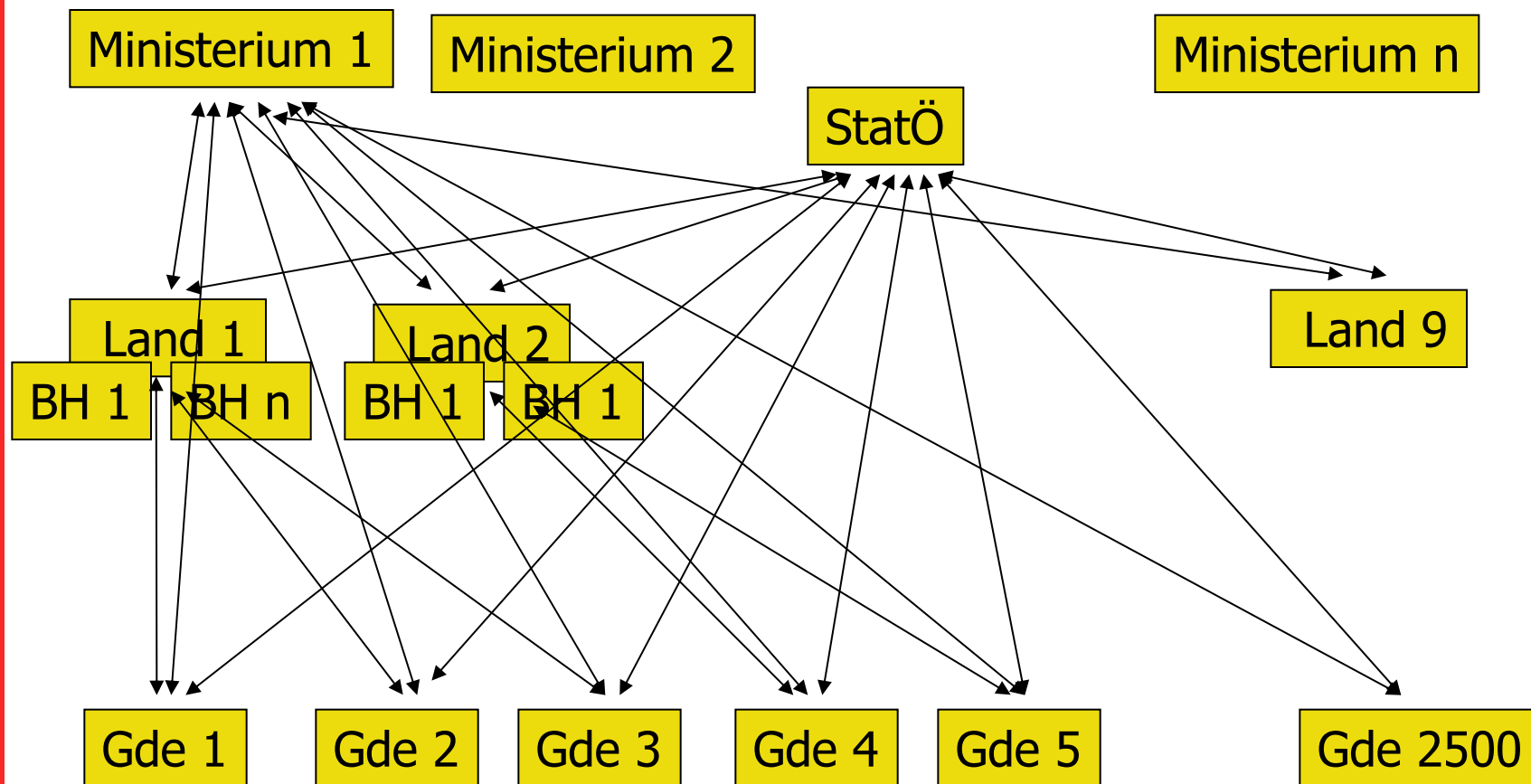


Bürgernähe

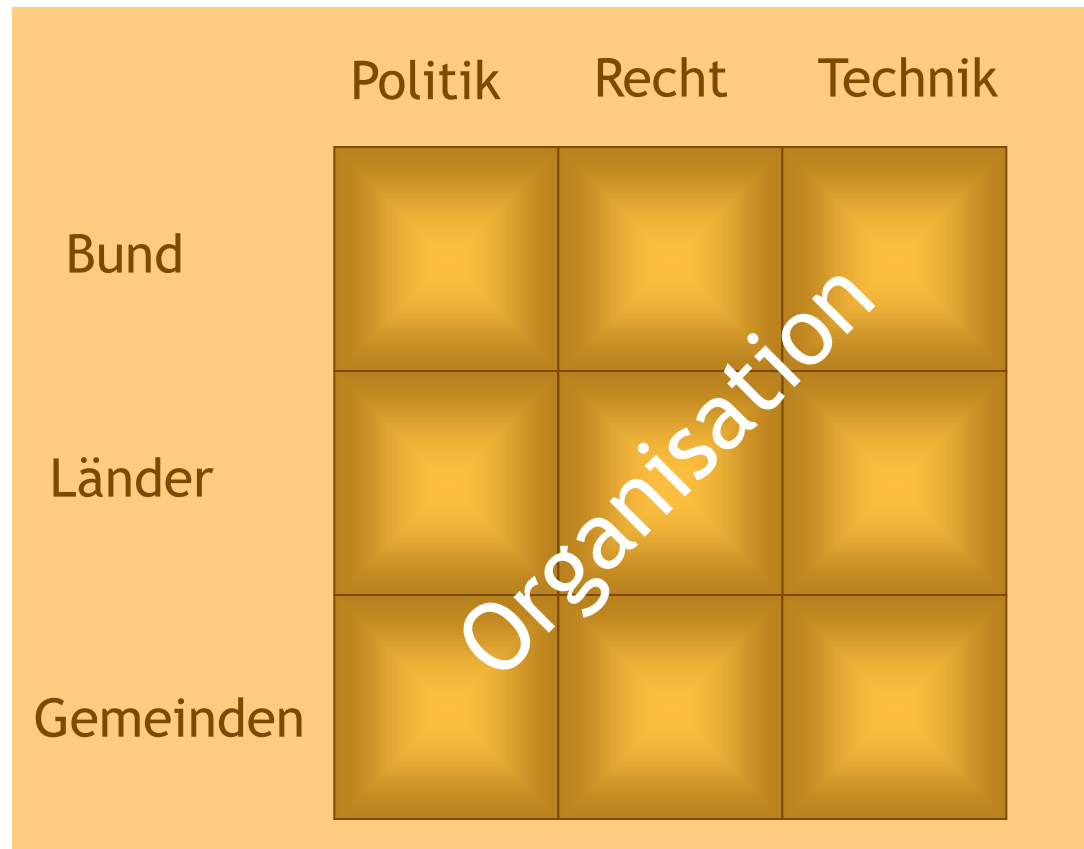
IT-Kompetenz



Die Komplexität der Verwaltung



Das E-Government-Puzzle





Nationale Kooperation

Historie



- 2000: Beschluss einer länderübergreifenden Zusammenarbeit durch die LAD-Konferenz [E-Government Länderarbeitsgruppe](#)
- 2001: [IKT-Bund Koordinationsgremium](#)
- 2002: [Kooperationsvereinbarung](#)
- 2003: e-cooperation board
- 2005: [Plattform Digitales Österreich](#)
[Kooperation BLSG](#)



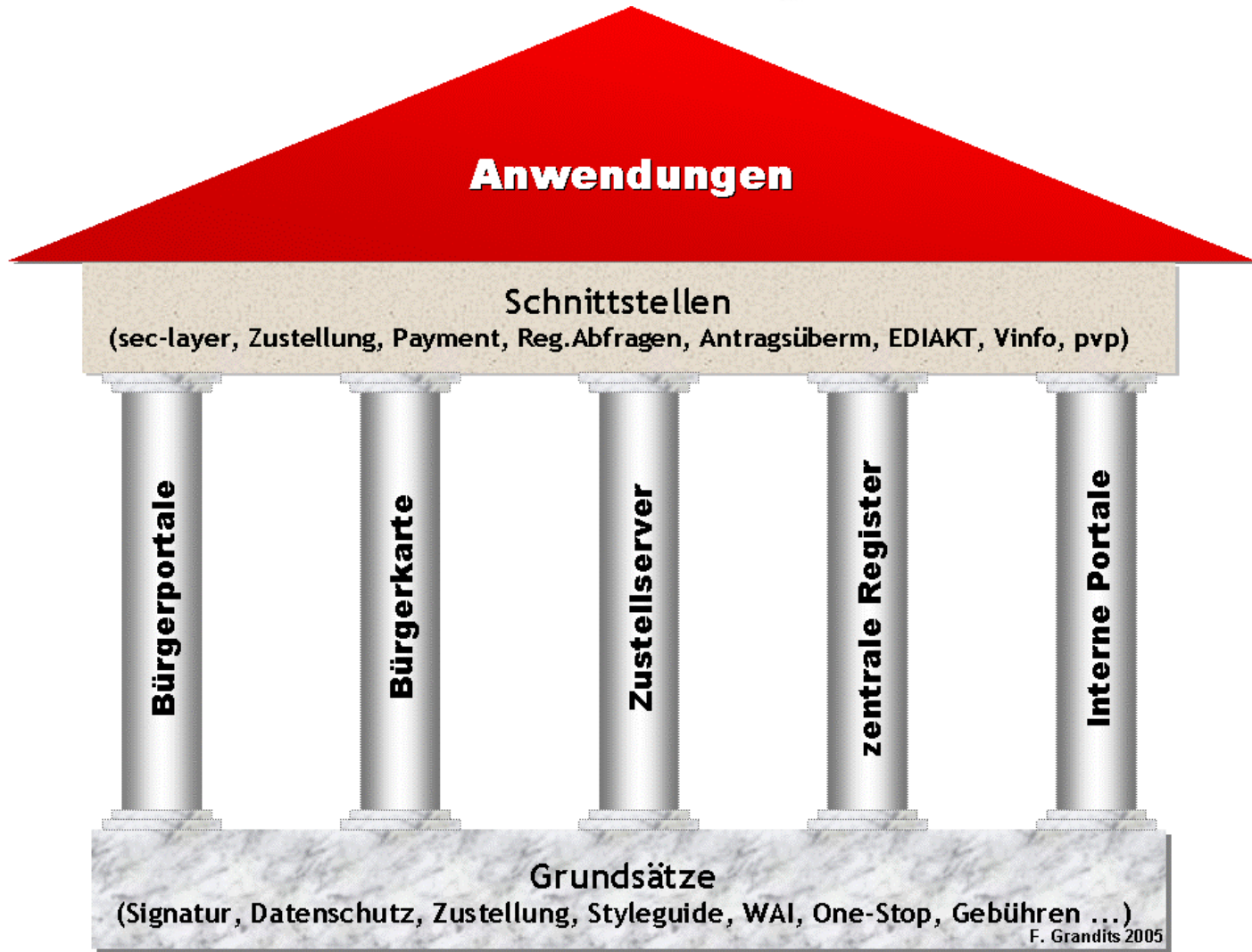
E-Government Masterplan Austria

E-Government-Masterplan Austria



- 04/2003: Beschluss der LH-Konferenz (Antrag Stmk)
- 05/2003: E-Gov-Strategie des Bundes
- 06/2003: Vorstellung bei der E-Gov-Konferenz Graz
- 07/2003 Plattform DÖ

Architektur



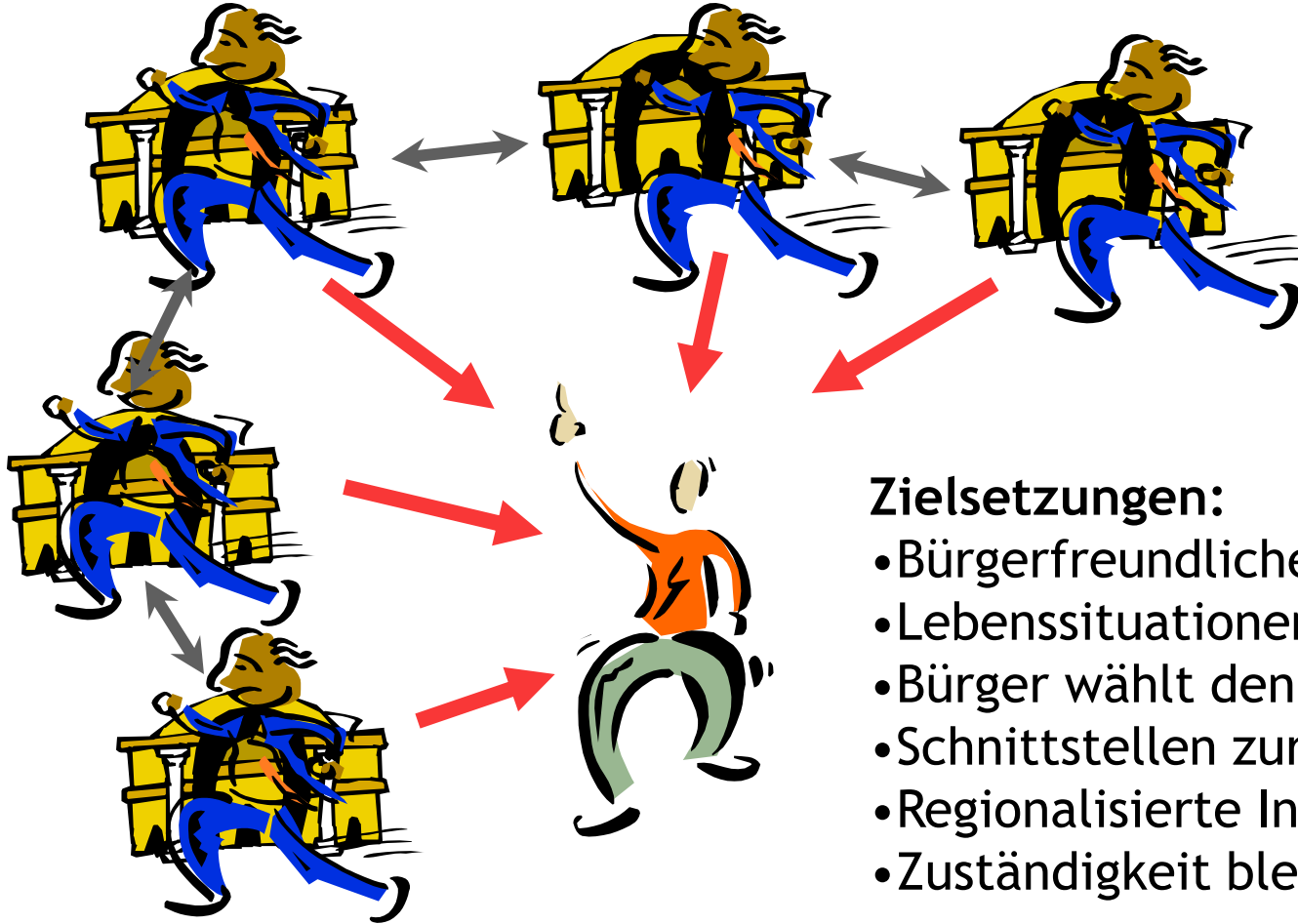
Finanzierungsfragen



- Umstieg auf elektronische Verfahren unausweichlich
- Großer Teil der Kosten durch Einsparungen abgedeckt
- Gebühren: Elektronische Leistung nicht teurer als herkömmliche
- Gesamtheitliche Modelle für übergreifende Systeme
- Kostenaufteilung sollte sich am Nutzen orientieren
- Verwaltungsinterne Transaktionsgebühren meist hinderlich für die breite Anwendung
- Kostensenkung durch Kooperation/Konsolidierung



Verbund der Bürgerportale



Zielsetzungen:

- Bürgerfreundliche Gestaltung
- Lebenssituationen
- Bürger wählt den Einstieg
- Schnittstellen zur Vernetzung
- Regionalisierte Information
- Zuständigkeit bleibt gewahrt

Formularstyleguide



- Definition des Formular-Styleguide
- Umsetzung neuer Formulare nach Styleguide
- Anpassung bestehender Formulare
- Aufbau eines Pools für Formulare bzw. Formularbausteinen

Weitere Maßnahmen



- elektronisches Volksbegehren, Bürgerbeteiligung
Langzeitarchivierung, besserer Netzzugang, Bürgerkarte light, ELAK, help.gv als Informations- und Transaktionsportal, el. Rezept, Signatur für Finanz-Online, Bewilligungen für Arbeiten auf der Straße, Bevölkerungsstatistik aus ZMR, Führerschein/Personalausweis mit Bürgerkarte, el. Meldebestätigung, öffentliche Internet-Terminals, Verzeichnisdienste, einheitliches Bescheidformat, offizielle el. Einlaufadressen, Programmierstandards, Geodatenpolitik,



Status

Schwerpunkte 2014



- Bürgerzentriertes E-Government
- Elektronische Identifikation
- Elektronische Zustellung
- Registerinteroperabilität
- Informationsfreiheit OGD
- Arbeitsplatz der Zukunft
- Einkommensnachweise

SWOT



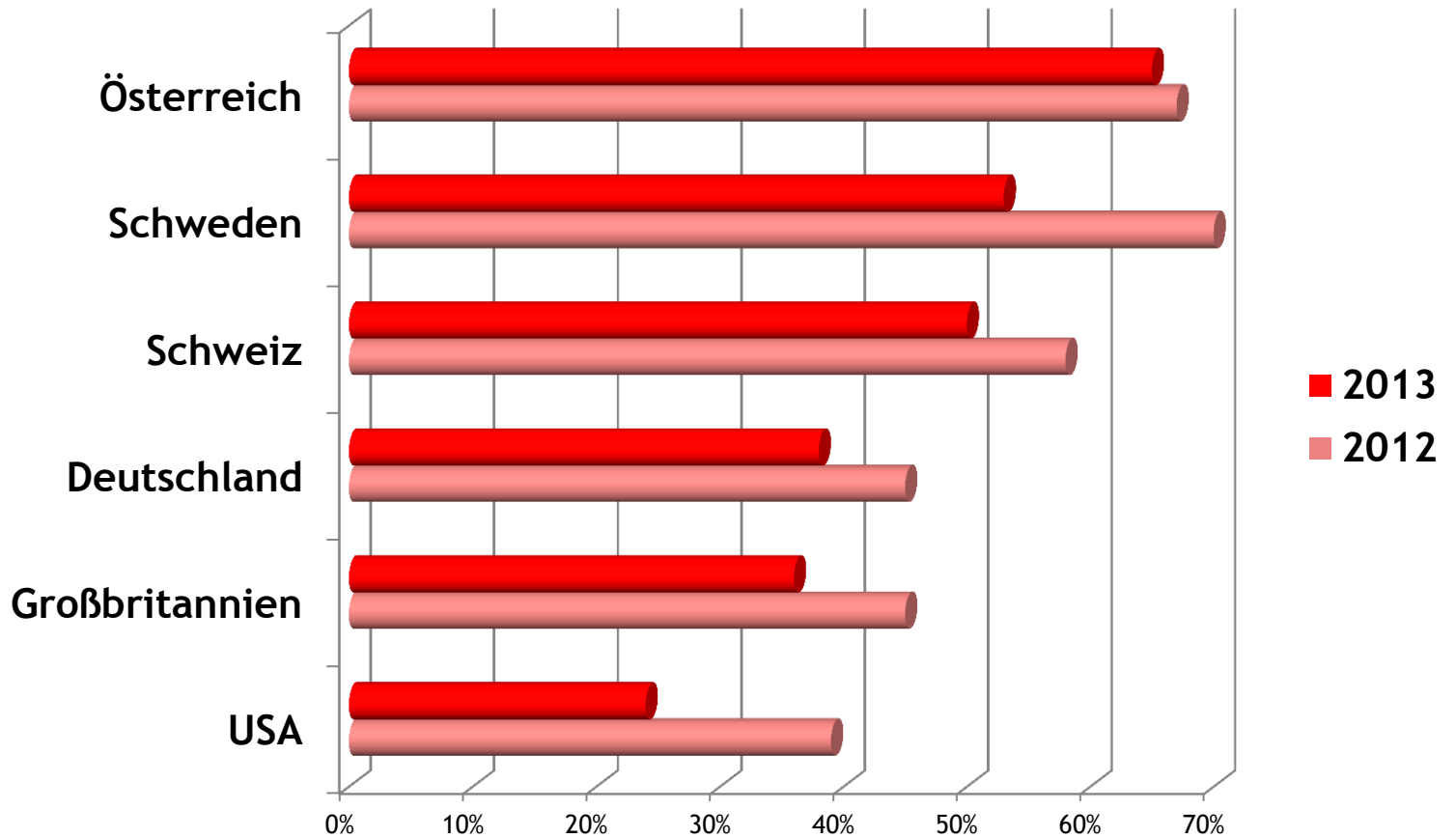
Stärken

- Breitflächiges Angebot
- Großes Set an Methoden und Werkzeugen
- Breites Set an Registerdaten

Schwächen

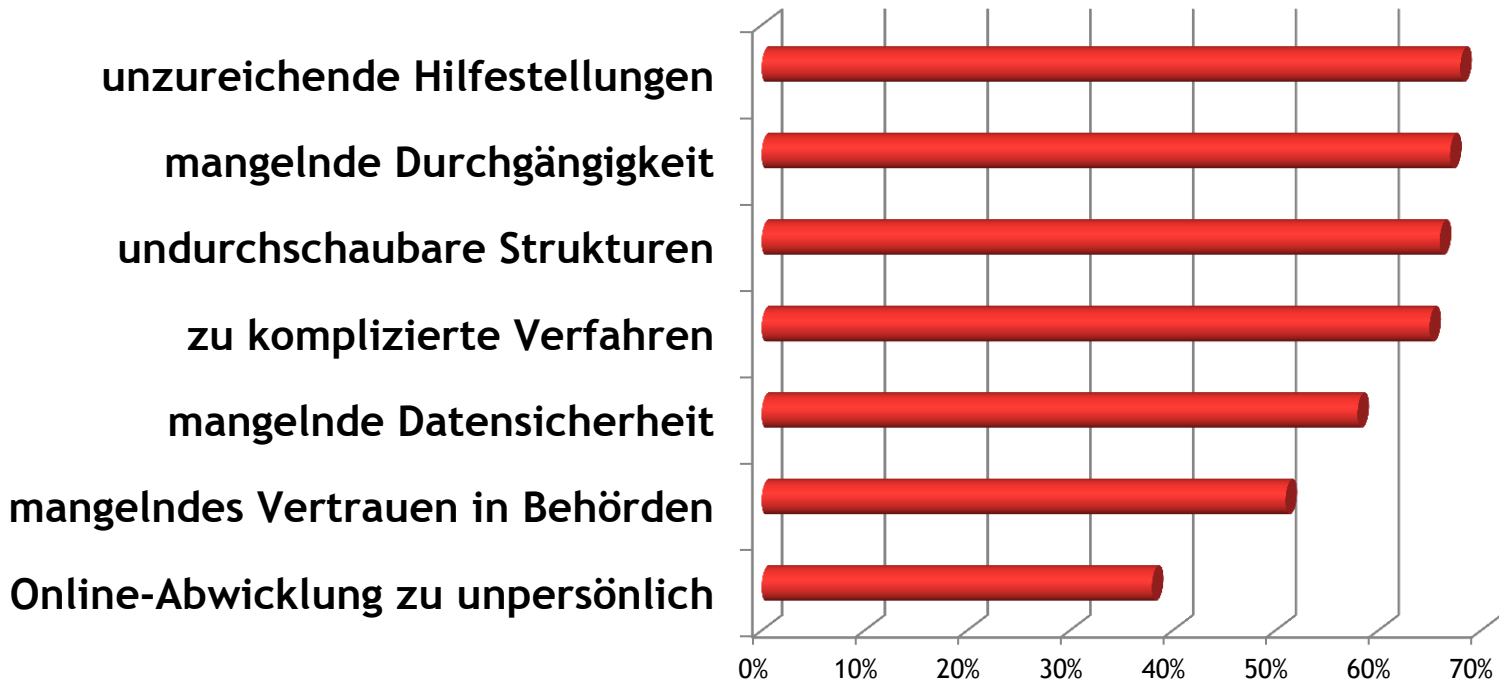
- Akzeptanz
- Komplexe Technik / Stabilität
- Komplexe Verfahren

E-Government Nutzung



Quelle: E-government Monitor

Barrieren für die Nutzung



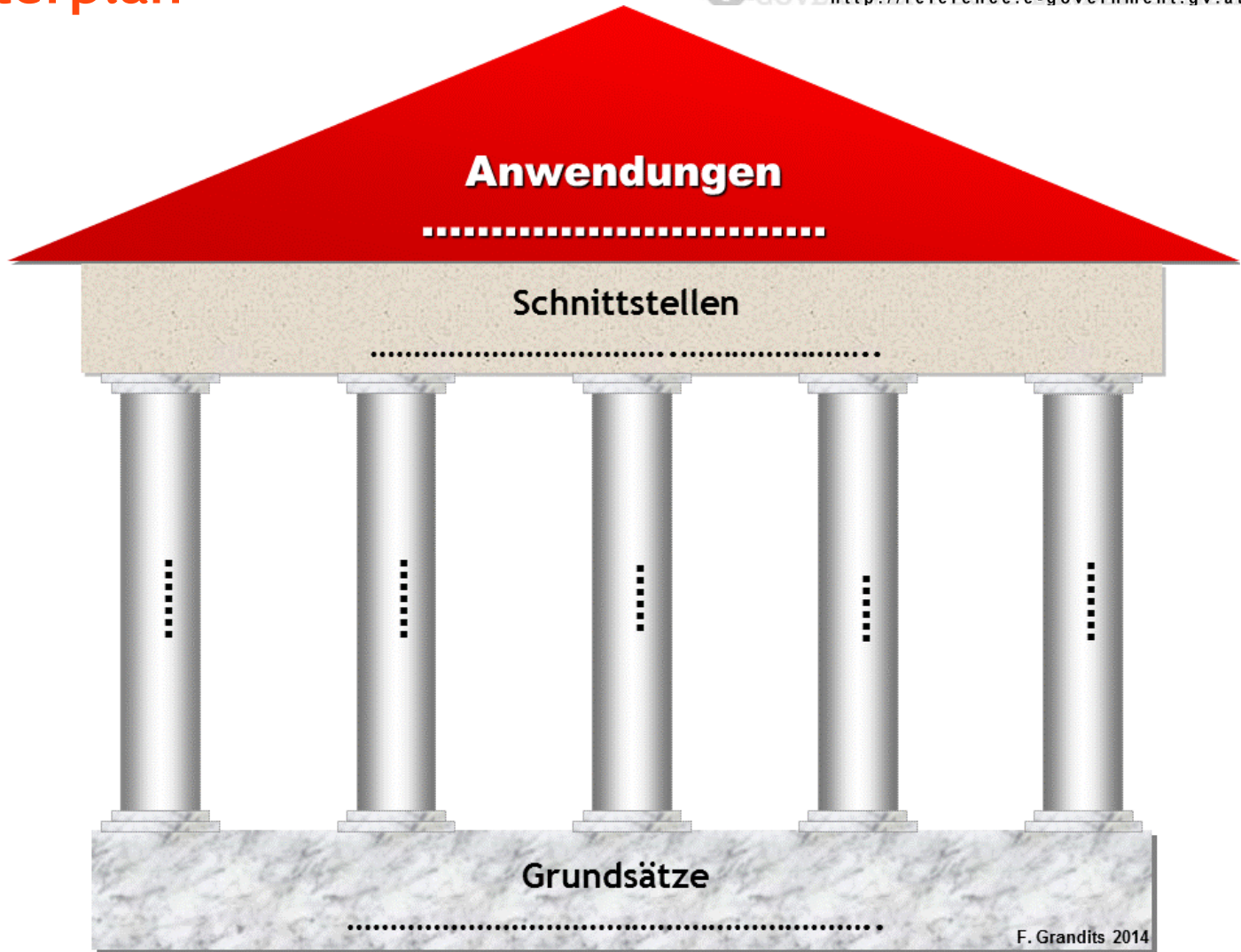
Quelle: E-government Monitor

Stoßrichtungen



- Usability verbessern
- One-Stop / No Stop Government
- Verfahrensvereinfachung / Entfall von Beilagen
- Konvergenz E-Government / E-Health
- Synergien mit E-Commerce

Zeit für einen neuen Masterplan



Nationale E-Government Kooperation

Ein Weg ohne Alternative!

Danke für die
Aufmerksamkeit

